

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

Waffenstillstand in Kolumbien

NEUE ROLLE VON MILITÄR UND POLIZEI: STATT KRIEG FÜHREN, SICHERHEIT GARANTIEREN?

Nach über 50 Jahren des bewaffneten, internen Konflikts zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-Guerilla, hat die Regierung von Präsidenten Juan Manuel Santos bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu einem Friedensabkommen gemacht. Die Verhandlungen, die im Oktober 2012 aufgenommen wurden, scheinen sich nun auf der Zielgeraden zu befinden. Am Donnerstag, dem 23. Juni 2016, ist Präsident Santos nach Havanna gereist um zusammen mit der FARC-Führung einen bilateralen Waffenstillstand zu verkünden. Zwar ist das, wie u.a. in Europa stellenweise vermutet wird, noch nicht das endgültige Friedensabkommen, aber ein wichtiger, vorletzter Schritt. Für Optimisten ist es nur noch eine Frage weniger Wochen, für Pessimisten noch die Frage einiger Monate, bis das endgültige Friedensabkommen unterzeichnet werden wird.

Angesichts der bevorstehenden möglichen Unterzeichnung des Friedensabkommens, gewinnen einige für die Postkonflikt-Phase grundsätzliche Fragen immer mehr an Bedeutung. Eine davon betrifft die Diskussion über die zukünftige Rolle der kolumbianischen Streitkräfte, die immerhin circa 300.000 Soldaten und circa 160.000 Mitglieder der Nationalen Polizei umfassen. So kommt zum Beispiel die Frage auf, ob nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla die Stärke der Streitkräfte und das für Sicherheit und Verteidigung vorgesehene Budget nicht reduziert werden können. Einige Kommentatoren sehen solche Schritte durch das vermutliche

Verschwinden der „internen Bedrohung“ als gerechtfertigt an.

Entgegen mancher Vermutung, wird es jedoch aller Voraussicht nach für die Sicherheitskräfte in Kolumbien in der Phase nach dem Friedensabkommen mit der FARC nicht weniger Herausforderungen geben, als während des jahrzehntelangen Konflikts selbst. Einige sehr komplexe Bedrohungen (z.B. Organisierte Kriminalität in den Bereichen Drogenhandel und illegalem Bergbau) werden auch weiterhin bestehen. Denen müssen sich die Sicherheitskräfte des Staates konsequent entgegenstellen, um ihr legitimes Machtmonopol im gesamten Staatsgebiet aufrechtzuerhalten bzw. sicherstellen zu können. Parallel dazu wird das Militär für die Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna zuständig sein – zum Beispiel was die Sicherheit der ehemaligen FARC-Kämpfer während der Phase der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie die Begleitung der Rückkehr von Binnenflüchtlingen auf ihr Land betrifft. Und obwohl es eine Möglichkeit für Kolumbien ist, als „Exporteur“ von Sicherheit durch die Teilnahme an internationalen Friedensmissionen aufzutreten, sollte das Hauptaugenmerk doch zunächst auf der Erfüllung der Aufgaben im eigenen Land liegen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Lehren aus dem jahrzehntelangen Konflikt in die künftige Struktur und die neue Doktrin der kolumbianischen Streitkräfte miteinbezogen werden.

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC ist nicht das Ende von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

Konflikten im Land – und wird vorerst nicht zu einer Verringerung der Rolle von Militär und Polizei führen.

In Zeiten der Transition von einem bewaffneten internen Konflikt zum Frieden sind in der Regel zwei entscheidende Entwicklungen zu beobachten: einerseits der Prozess des „peacemaking“ und „peacebuilding“ (Festlegung und Konstruktion von Frieden) und auf der anderen Seite das „peacekeeping“ (Erhaltung und Konsolidierung des Friedens)¹. Das heißt auf Kolumbien übertragen, dass obwohl es im Plan der Friedensverhandlungen in Havanna so festgeschrieben ist, die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC noch nicht automatisch ein „Ende des bewaffneten Konflikts“ bedeutet. Es ist vielmehr der Beginn eines wichtigen Transitionsprozesses mit der größten und wichtigsten der verschiedenen illegalen bewaffneten Gruppierungen, die in Kolumbien existieren.

Dabei muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass in der Phase nach der Niederlegung der Waffen und der Demobilisierung ehemaliger FARC Kämpfer immer das Risiko besteht, dass andere Gewaltfaktoren verstärkt werden. So ist z.B. schon jetzt die Besetzung und „Rückeroberung“ von Gebieten, die von den demobilisierten Guerillagruppen verlassen wurden, zu beobachten². Außer der FARC existieren nämlich noch weitere Guerillagruppen – die ELN und die EPL – sowie kriminelle Vereinigungen, die sich nach der Demobilisierung der Paramilitärs AUC vor fast einem Jahrzehnt gebildet haben. Daraus folgt, dass es wahrscheinlich einen Streit zwischen verschiedenen illegalen bewaffneten Organisationen geben wird, die sich der Bevölkerung und der legalen und illegalen finanziellen Ressourcen in den ehemals von der FARC besetzten Zonen bemächtigen wollen. Insofern wird in solchen Fällen der kolumbianische Staat mit Hilfe seiner Streitkräfte eingreifen müssen, um sein legitimes Machtmonopol im Land zu festigen.

Zusätzlich gibt es aber auch noch andere Probleme, die sich in den letzten Jahren verschärft haben: Kokaanbau, Transportwege für Waffen- und Drogenschmuggel und

illegaler Abbau von Bodenschätzen sind nur einige davon³. Um einige konkrete Zahlen zu nennen: es wird geschätzt, dass sich mindestens ein Drittel der kolumbianischen Gemeinden in den letzten zehn Jahren mit dem Problem des illegalen Abbaus von Bodenschätzen konfrontiert sahen⁴. Auch der Drogenhandel, als Haupteinnahmequelle der FARC, wächst ständig an: von 2013 bis 2015 verdoppelte sich die Anbaufläche der Koka-Pflanze von 48.000 auf 101.000 Hektar und es wird geschätzt, dass sie in 2016 auf 150.000 Hektar anwächst, was eine Rückkehr zu den Höchstwerten von 2002 bedeuten würde. Beide illegalen Geschäfte, der illegale Abbau von Bodenschätzen sowie der Drogenhandel, stellen also auch ohne die FARC in den kommenden Jahren große Herausforderungen für die Sicherheit des kolumbianischen Staates dar.

Ein weiteres Problem ist das Risiko der Wiederbewaffnung ehemaliger FARC Kämpfer, die in die Illegalität zurückfallen, entweder weil sie sich anderen bereits bestehenden illegalen Organisationen anschließen oder selbst neue Gruppen (sogenannte „Bacrim“) bilden. Diese Entwicklung war bereits nach der Demobilisierung der paramilitärischen Gruppe AUC im Jahr 2006 zu beobachten. Es wird angenommen, dass die heute existierenden kriminellen Banden größtenteils das Ergebnis einer Wiederbewaffnung von Splittergruppen und der mittleren Befehlsebene der Paramilitärs sind, die sich vor zehn Jahren demobilisiert haben⁶. Daher muss der kolumbianische Staat nach einem Friedensabkommen mit der FARC versuchen, das entstandene Machtvakuum zu füllen, welches die FARC in ihren Einflussgebieten hinterlassen werden. Gleichzeitig müssen auch die Aktionen in Regionen und hinsichtlich strategischer Transportrouten für den Drogenhandel verstärkt werden, die noch von illegalen Organisationen kontrolliert werden.

Eine besondere Herausforderung bei der Konsolidierung des Friedens wird die Schaffung eines sicheren Lebensumfelds in den Konfliktregionen sein. So werden Militär und Polizei zuständig sein für den Schutz von Leitern und Mitgliedern sozialer Einrichtungen zur Rehabilitierung der Opfer des Kon-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

flikt und zur Rückgabe illegal besetzten Grundbesitzes. Allein in den letzten neun Monaten sind 16 führende Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen in den Regionen ermordet worden, vermutlich weil sie mit der Guerilla in Verbindung gebracht wurden⁷. Mehr noch: der Staat muss auch die Sicherheit der ehemaligen FARC-Kämpfer garantieren, sobald sie sich demobilisieren, weil Vergeltungsschläge und Angriffe verschiedener Banden gegen die Ex-Guerilleros zu erwarten sind. Die Nachhaltigkeit der Vereinbarungen mit der FARC und des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger FARC-Guerilleros wird davon abhängen, wie effizient diese Aufgabe von den Sicherheitskräften erfüllt wird.

Bei einer Bewertung der Lage in Kolumbien muss berücksichtigt werden, dass in vielen der Regionen, in denen die FARC oder andere illegale bewaffnete Gruppierungen traditionell präsent waren und sind, sich Freiräume gebildet haben, in denen praktisch eine Koexistenz mit dem Staat bestand bzw. besteht. Diese Gebiete werden von einigen Akademikern als „Para-Staaten“ bezeichnet⁸, wo illegale Gruppen staatliche Funktionen ausüben, wie z.B. das Erheben von Steuern, die Organisation des sozialen Lebens, Vermittlung bei Streitigkeiten und oft sogar das Führen des Personenregisters. Daher ist in der Phase nach der Unterzeichnung des Abkommens mit der FARC eine Art „Übergangssicherheit“ in den ehemaligen FARC-Gebieten erforderlich, um damit alles, was sich dort heute in der Illegalität befindet (jedoch durch Waffengewalt praktisch legitim war oder legitimiert wurde), nun in die Legalität überführen zu können. Schlussendlich sollte der Staat der Inklusion und dem Schutz der betroffenen Bevölkerung in solchen Gebieten Priorität einräumen und die Regionen in die Legalität führen, statt Zwang und Überwachung auszuüben⁹.

Vielleicht ist der jüngste Fall einer Zone, die in Bogotá als die „Bronx“ bekannt ist und lediglich ein paar Straßenzüge umfasst, ein typisches Beispiel für einen gesetzesfreien Raum, wo der Staat keine Kontrolle über das Territorium hat. Nur wenige hundert

Meter entfernt von der Plaza de Bolívar, dem Machtzentrum Kolumbiens, wo sich der Präsidentenpalast, der Justizpalast und der Kongress befinden, liegt diese sogenannte „Bronx“, wo sich seit circa zehn Jahren mehrere Banden Verbrechen wie Drogenhandel, Erpressung, Entführungen, sexuelle Ausbeutung Minderjähriger und Menschenhandel widmen. Es handelt sich um eine für Polizei und Staatsgewalt „verbotene Zone“. Es ging sogar so weit, dass verdeckte Ermittler von den Delinquenten entführt und gefoltert wurden. Dabei sind noch nicht die Korruptionsfälle innerhalb der Polizei und anderer Sicherheitskräfte berücksichtigt, die die Verbrecher „schützten“ und Kontrollmaßnahmen sabotierten.

Es waren wochenlange geheime Aktionen mit verdeckten Ermittlern und insgesamt 2.500 Polizisten, Militärs und Tarnfahrzeugen notwendig, um im Juni 2016 endlich in die Zone vorzudringen und die Banden ausheben zu können. Die Herausforderung besteht nunmehr darin, das Problem von Grund auf anzugehen, weil nach der Festnahme von einigen wenigen Anführern der Banden, die Netzwerke vermutlich noch nicht zerstört werden konnten und wahrscheinlich bereits dabei sind sich wieder neu zu strukturieren.

Mit oder ohne Friedensabkommen – der Politikbereich Sicherheit und Verteidigung in Kolumbien muss dringend reformiert und umstrukturiert werden.

Im Ergebnis der geschilderten Rahmenbedingungen benötigt der Sicherheits- und Verteidigungssektor in Kolumbien auf jeden Fall eine Reihe struktureller Reformen. Das Verteidigungsministerium arbeitet bereits seit 2010 an einem Konzept für eine neue Strategie zur Transformation von Militär und Polizei für die nächsten 20 Jahre. Im Moment scheinen diese Bemühungen konkrete Formen anzunehmen

Viele Experten stimmen darin überein, dass eine Reform auf eine „Demokratisierung“ der Sicherheit ausgerichtet sein müsse¹⁰. Das heißt, die Sicherheit aller Bürger des Landes muss garantiert und die entsprechenden Institutionen gestärkt werden. Bei

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

diesem neuen Konzept liegt der Schwerpunkt des Sektors Sicherheit und Verteidigung mehr auf dem friedlichen Zusammenleben, der Sicherheit der Bürger und auf der Friedenskonstruktion¹¹, ohne dabei die Verteidigung des Landes gegen Bedrohungen von außen zu vernachlässigen.

Es muss jedoch betont werden, dass die Existenz von Guerilla und anderen illegalen bewaffneten Gruppierungen in den letzten 50 Jahren bedeutende Auswirkungen auf die Struktur und die Doktrin der kolumbianischen Streitkräfte hatte. Das hatte einerseits zur Folge, dass die Sicherheitslage und die Kontrolle in den Grenzregionen vernachlässigt wurden. In gewisser Weise hat sich die gesamte Sicherheitsfrage auf die Konsolidierung der internen Kontrolle konzentriert. Dadurch wurde die Außenpolitik gegenüber den Nachbarländern und die Kontrolle der Grenzregionen weniger beachtet¹².

Auf der anderen Seite ist es durch diese Konzentration auf die Bedrohung der nationalen Sicherheit von innen zu einer Verwischung bezüglich der Rolle der Sicherheitskräfte gekommen. Das führte dazu, dass zuweilen von einer „Militarisierung“ der Polizei und von einer „Policización“ des Militärs gesprochen wurde¹³. Deshalb wird es notwendig sein, den Moment der Transition auszunutzen, um das Terrain für eine klare Trennung der Rollen von Militär und Polizei vorzubereiten, ohne dadurch die notwendige Kooperation auszuschließen. Eine weitere Kritik am Sicherheitssektor ist das Fehlen eines politischen Dokuments, das vom Präsidenten, dem Verteidigungsministerium und dem Kongress verabschiedet wird und als Basis für die Strukturierung und das Funktionieren von Militär und Polizei dient. Solange eine solche politische Grundlage von Seiten der Exekutive und Legislative nicht existiert, müssen die Streitkräfte selbst ihre Rolle und ihre Doktrin bestimmen¹⁴.

Im Fall des Militärs wurde kürzlich angekündigt, dass am 7. August 2016 eine Reform in Kraft treten soll. Damit soll das Heer speziell auf ein Postkonflikt-Szenarium und die damit verbundenen Herausforderungen vor-

bereitet werden. Die wichtigste Neuerung wird dabei eine stärkere Spezialisierung und Professionalisierung der Militärs sein. Außerdem sollen vier neue Truppengattungen geschaffen werden (darunter eine Militärpolizei), womit die Vorstellung von einem „Vielzweckheer“ verstärkt werden soll.

Trotzdem wird das Militär auch nach dieser Reform eine ähnliche Rolle beibehalten wie im Moment, das heißt es bleibt für die Verteidigung der Souveränität des Landes (äußere Bedrohungen) zuständig, aber auch auf interner Ebene für den Prozess der Friedenskonsolidierung. Durch die genannten Neuerungen und die Schaffung einer Militärpolizei entsteht nach Aussagen von Kritikern der Eindruck, dass das Militär nach der Reform noch mehr polizeiliche Aufgaben übernehmen soll und dadurch die Vermengung der Rollen von Streitkräften und Polizei weiter verstärkt werden wird. Trotzdem sollen nach Aussage des Kommandanten des Heeres mittel- und langfristig die polizeilichen Aufgaben des Militärs schrittweise auf die zuständigen Polizeieinheiten übergehen. Um die stufenweisen Anpassungen zu rechtfertigen, erklärte er: „Das Land kann nicht erwarten [...], dass der Friedensvertrag unterzeichnet wird und am nächsten Tag der Himmel rosa ist und nur noch weiße Tauben über Bogotá fliegen.“¹⁵

Was die Modernisierung der Streitkräfte betrifft, existieren mehrere Herausforderungen. Eines der dringendsten Probleme ist die Professionalisierung der einfachen Soldaten, von denen 81% aus sozial schwachen Familien kommen und von denen viele Analphabeten sind. Auch entspricht ihre Entlohnung nicht der Bedeutung ihrer Arbeit: ein einfacher Soldat erhält 90.000 Pesos (ca. 28 Euro) täglich als Gegenleistung für seinen Dienst¹⁶. Mit dieser Perspektive und angesichts des Ziels des Kommandanten des Heeres, ein „Sinfonieorchester“ zu führen (damit bezieht er sich auf die Notwendigkeit einer hohen Spezialisierung der einzelnen Soldaten in Verbindung mit einem harmonischen Zusammenwirken der gesamten Struktur) kann kurzfristig nicht mit einer Reduzierung der Kosten für Sicherheit und Verteidigung gerechnet werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

Vor diesem Hintergrund behält auch die Polizei eine Schlüsselrolle, weil die Bedrohungen der Sicherheit durch Delikte und komplexe Verbrechenstrukturen ständig zunehmen. Darunter fallen Störungen der öffentlichen Ordnung und des friedlichen Zusammenlebens, die zum Aufgabenbereich der Polizei gehören. Eine Neuerung könnte darin bestehen, die Polizei aus dem Verteidigungssektor herauszunehmen und stattdessen dem Innenministerium zu unterstellen.

Zu alledem kommt die Diskussion darüber, ob Ex Guerilleros in das Militär aufgenommen werden sollen oder nicht. Die gegnerischen Stimmen raten davon ab, Kämpfer in die Reihen des Heeres einzubeziehen, die bisher nur für die Rebellion trainiert wurden. Andere halten die Möglichkeit für eine ideale Lösung, weil die ehemaligen Guerilla-Kämpfer bereits jahrelang unter einer hierarchischen Führung gedient haben und sich auch in den abgelegensten Regionen sehr gut auskennen, so dass sie eine wichtige Unterstützung bei aufklärerischen Operationen wären, z.B. bei der Bekämpfung des Drogenhandels oder der Auffindung illegaler Transportwege für Waffenschmuggel. Dies könnte allerdings auch zu einer Gefahr für die ehemaligen Kämpfer selbst führen, weil sie als Verräter gelten würden.

Die Kontrolle der Regionen durch die Streitkräfte sollte von einer effizienten Ausübung der Staatsgewalt durch zivile Behörden begleitet werden.

In solchen Regionen, wo nicht der Rechtsstaat herrscht, sondern mehr die illegalen Gruppierungen oder, wie bereits ausgeführt, ein „Para-Staat“, wäre der Eintritt der Militärs nicht effizient oder nachhaltig, wenn er nicht gleichzeitig von einer effektiven und nachhaltigen Präsenz ziviler staatlicher Einrichtungen begleitet wird.

Wie es von einem Think Tank für Frieden und Konflikt ganz richtig bemerkt wurde, sind in Kolumbien drei historisch gewachsene Probleme zu nennen, wenn man sich mit dem Sicherheits- und Verteidigungssektor befasst. Erstens das Problem der Autorität, das heißt der Staat hat Probleme das Ge-

waltmonopol landesweit aufrechterhalten. Zweitens die Legitimität, das heißt die staatlichen Institutionen haben Probleme eine Beziehung zu den Bevölkerungsgruppen aufzubauen, die in den Regionen leben, die historisch von der Staatsgewalt isoliert waren. Das führte zu einem fehlenden Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Und drittens ist es auch ein Problem der Kapazität, weil die unterschiedlich starke staatliche Präsenz in den einzelnen Regionen des Landes dazu führt, dass in einigen Gegenden weder die Truppenstärke noch die Abschreckung gegenüber den verschiedenen Bedrohungen ausreichend ist¹⁷.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die Militarisierung einer Zone nicht automatisch auch die Kontrolle darüber und erst recht nicht eine effiziente Ausübung der Staatsgewalt bedeutet. Ein gutes Beispiel dafür ist die Region El Catatumbo an der Grenze zu Venezuela. Dort protestiert die Landbevölkerung bereits seit den 80er Jahren und erneut in diesem Jahr, um den kolumbianischen Staat auf ihre Situation aufmerksam zu machen und ein würdiges Leben einzufordern. So waren in dieser Zone zum Beispiel die Programme zur Ersetzung des illegalen Drogenanbaus nicht durchführbar, weil es an der notwendigen Infrastruktur fehlte, um die landwirtschaftlichen Produkte auf den Markt zu bringen. In der Region fehlt es 69% der Bevölkerung an der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse und lediglich 2,7% verfügen über eine Ausbildung, die über die Oberstufe hinausgeht. Außerdem existiert in keiner der Gemeinden in der Region fachärztliche Versorgung¹⁸.

Angesichts dieses Grades von Exklusion kann die alleinige Anwesenheit von Militär und Polizei kaum die Konsolidierung eines Rechtsstaats in solchen Regionen erreichen. So war es zum Beispiel bei der jüngsten Entführung der spanischen Journalistin Salud Hernández, trotz des Einsatzes von 800 Mitgliedern einer Spezialeinheit und der Abgrenzung des Gebiets durch eine „humanitäre Einzäunung“¹⁹, für Militär und Polizei unmöglich, den Aufenthaltsort der Journalistin festzustellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

Letztendlich muss auch die Übergangsphase nach einem Friedensabkommen in Betracht gezogen werden. In den Gebieten, wo die FARC Kontrolle ausübten, haben sie oft auch „parastaatliche“ zivile Funktionen übernommen. So gibt es zum Beispiel Fälle, wo sie An- und Verkauf von Ländereien reguliert, das Personenregister geführt oder Scheidungen durchführt haben. Wenn diese Funktionen von der Bevölkerung als legal anerkannt worden sind, muss nun geregelt werden, wie der Übergang von der Illegalität und Informalität zu einer Legalität und Formalität aussehen kann, um diese Gebiete und ihre Bewohner nach und nach durch Vertrauensbildung in den kolumbianischen Rechtsstaat einzubinden.

Im Übrigen hat die Regierung bei ihren Analysen über Wirtschaftsentwicklung und Frieden selbst zugegeben, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Fehlen einer ausreichenden Infrastruktur, den nicht erfüllten Grundbedürfnissen der Bevölkerung und dem bewaffneten Konflikt besteht. So operiert die Guerilla zum Beispiel in 281 der insgesamt 1.102 Gemeinden des Landes. Die Mehrheit dieser Gemeinden fällt unter die Kategorie sechs, das heißt sie verfügen nur über ein geringes Budget, wenig Bevölkerung und die Versorgung durch staatliche Institutionen ist unzureichend. In 162 von der Guerilla besetzten Gemeinden existieren illegale Koka-Anpflanzungen und in 111 Orten wird illegaler Bergbau betrieben²⁰. Daher muss die Einführung staatlicher Institutionen aus dem Sicherheits- und Verteidigungssektor von umfassenden wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen begleitet werden. Sonst werden die sozialen Unterschiede bestehen bleiben, die die Konflikte im Land verursachen und fortbestehen lassen, so dass der Einsatz von Streitkräften niemals ausreichen wird.

Bevor man daran denken kann, Sicherheit zu „exportieren“, müssen zunächst in Kolumbien selbst die Bedingungen dafür geschaffen werden.

All diese Umstände zeigen, dass es noch großer Anstrengungen bedarf, um die Sicherheit im Land zu konsolidieren und ein legitimes Machtmonopol des kolumbiani-

schen Staates zu garantieren. Daher überrascht es nicht, dass die Priorität des Sicherheits- und Verteidigungssektors nicht so sehr auf der Erhaltung der Souveränität der Staatsgrenzen nach außen, sondern vor allem auf interner Ebene liegt.

Das steht seit einiger Zeit im Gegensatz zur Ankündigung der aktuellen Regierung hinsichtlich ihres Interesses und ihrer Bereitschaft, sich an internationalen Friedensmissionen zu beteiligen und mit ihrem know-how in Sicherheitsfragen beizutragen. Obwohl es sich dabei zweifellos um eine positive Geste gegenüber der internationalen Gemeinschaft handelt, sollte man sich zunächst um die internen Probleme kümmern, die wesentlich dringlicher für das Land sind. Mit anderen Worten, bevor man Sicherheit für andere Länder anbietet, sollte diese erst auf dem eigenem Territorium garantiert werden. Das beste Beispiel für den guten Willen Kolumbiens, seine Erfahrungen in Sicherheitsfragen auf internationaler Ebene zur Verfügung zu stellen, ist die Ankündigung von Präsident Santos, 5.000 Soldaten und Polizisten für Aktionen der Blauhelme der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht das erste Mal, dass Kolumbien mit dem Friedenskorp der UNO zusammenarbeitet, wie der Einsatz im ehemaligen Jugoslawien bewiesen hat. Es ist jedoch das erste Mal, dass Kolumbien sich formell verpflichtet, mitzuarbeiten.

Die Regierung entwirft und konstruiert momentan Ausbildungszentren für Militärs und Polizei zur Vorbereitung auf solche Einsätze. Santos erklärte, die Zusammenarbeit werde schrittweise erfolgen. Zurzeit werden 58 Polizisten in Haiti eingesetzt, die Zahl soll später weltweit zunächst auf 500 und letztendlich auf 3.000 Angehörige der Streitkräfte und der nationalen Polizei in Missionen der UNO zur Stabilisierung anderer Staaten anwachsen.

Was jedoch auf internationaler Ebene auch gebraucht wird, ist eine Vertiefung und Ausweitung der transnationalen Kooperation, weil das organisierte Verbrechen und der Drogenhandel heute über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinaus operieren. Wie einige Autoren ausführen, existieren

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

tiert eine Annäherung der FARC an die Organisation EPP (Volksheer von Paraguay)²¹ und es wird auch die Präsenz von Mitgliedern der Hisbollah im Dreiländereck des Cono Sur (Paraguay, Argentinien und Uruguay) vermutet. Das sind Bedrohungen der Sicherheit in der Region, die nicht vernachlässigt werden sollten. Ein weiteres Netzwerk könnte durch die Zusammenarbeit der FARC mit mexikanischen Drogenkartellen bestehen²².

Weiterhin muss davon ausgegangen werden, dass kriminelle Organisationen in einem Postkonflikt versuchen werden, die ehemaligen FARC Kämpfer zu „recyclen“, die sich nicht komplett demobilisiert haben. Dadurch könnten bereits vorhandene Phänomene wie transnationale Routen für den Drogentransport ausgebaut und die Neuorganisation illegaler Gruppierungen sowie der Streit um die Vorherrschaft und Zusammenarbeit illegaler Banden auf globaler Ebene vertieft werden. Die Sicherheits- und Verteidigungskräfte der einzelnen Staaten sollten daher dynamischer und effizienter zusammenarbeiten, um diesen transnationalen Bedrohungen entgegenzutreten und die illegalen grenzüberschreitenden Netzwerke zu bekämpfen.

Schlussfolgerungen

Zweifellos muss die Friedenskonstruktion in Kolumbien nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und den Guerilla-Gruppen mit der Konsolidierung des Landes, insbesondere mit der Integration des gesamten Landes in den Rechtsstaat einhergehen. In diesem Zusammenhang müssen umfassende Sicherheitsstrategien und das legitime Gewaltmonopol des Staates sowie die reale und effiziente staatliche Präsenz als Garant der Rechte der Bevölkerung durchgesetzt werden. Erst dadurch können die Voraussetzungen für eine soziale, wirtschaftliche und regionale Inklusion von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in einigen Regionen geschaffen werden. Notwendig ist letztendlich eine integrale Strategie zur Sicherstellung des staatlichen Gewaltmonopols in Verbindung mit der zivilen Präsenz des Staates und seiner vollen Funkti-

onsfähigkeit auf den Gebieten der Verwaltung, der Rechtsprechung, der Ausbildung und der Infrastruktur.

Außerdem sollte die Politik, das heißt Verteidigungsministerium und Innenministerium seitens der Exekutive sowie der Kongress, die strategischen Themen für Streitkräfte und Polizei definieren, weil es sich dabei zunächst um die Verantwortung und Kompetenz der Politik handelt. Was die internen Reformen zum Selbstverständnis der Sicherheitskräfte anbetrifft, sollte u.a. am Konzept des „Bürgers in Uniform“ gearbeitet werden.

Es ist offensichtlich, dass zunächst weder die Truppenstärke noch die finanziellen Ressourcen der verschiedenen Einheiten des Militärs und der Polizei in Kolumbien gekürzt werden sollten. Wie es Humberto de la Calle, der Sprecher der Verhandlungsdelegation der Regierung in Havanna kürzlich in einem Forum ausdrückte, werde alles was bisher in den Krieg investiert wurde, jetzt in die Sicherheit investiert werden. „Es existiert ein großes Potential an menschlichen und finanziellen Ressourcen, das nach Beendigung des Krieges zur Erlangung der Sicherheit für die Bürger eingesetzt werden kann“²³. Auf jeden Fall, wird die Vertrauensbildung in der Zivilbevölkerung eine fundamentale Voraussetzung aber auch eine Herausforderung für Streitkräfte und Polizei in den Regionen sein, wo der Staat bis dato nicht als Autorität empfunden wird. Dies trifft vor allem für die Polizei zu, die per Definition über mehr Bürgernähe verfügt bzw. verfügen sollte.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Juni 2016

www.kas.de/kolumbien

¹ Daza, A. y Álamos, D. (2014). "Seguridad en la transición y seguridad transicional" in *"El posconflicto en Colombia: Reflexiones y propuestas para recorrer"*, Bogotá: KAS, ICP.

² Fundación Paz y Reconciliación. (2016). "Comenzó la guerra por los territorios de las Farc" in *El Espectador*, 25.05.2016. Zitiert nach: <http://www.elespectador.com/noticias/politica/comenzo-guerra-los-territorios-de-farc-articulo-634211>

³ Fiscalía General de la Nación. "Fiscalía determinó el narcotráfico como fuente de financiación de las FARC", 09.06.2016. Zitiert nach: <http://www.fiscalia.gov.co/colombia/noticias/destacada/fiscalia-determino-el-narcotrafico-como-fuente-de-financiacion-de-las-farc>

⁴ Obwohl die exakten Zahlen in den verschiedenen Quellen variieren, liegt die Zahl der Gemeinden mit illegalem Bergbau in den letzten Jahren. Defensoría del Pueblo (2010). *La minería de hecho en Colombia*. Bogotá: Defensoría del Pueblo.

⁵ UNODC. (2015). "Informe SIMCI 2014: estudio de UNODC revela aumento significativo en la producción de hoja de coca en áreas de alta densidad", zitiert nach: <https://www.unodc.org/colombia/es/press/2015/julio/estudio-de-unodc-revela-aumento-significativo-en-la-produccion-de-hoja-de-coca-en-areas-de-alta-densidad.html>

⁶ International Crisis Group. (2014). "El día después de mañana: las FARC y el fin del conflicto en Colombia sobre América Latina". Informe del Crisis Group N°53. Gemäß dieser Studie war "die Demobilisierung nur teilweise, da einige paramilitärische Gruppen außen vor geblieben sind oder sich wiederbewaffnet haben und damit größtenteils zum Entstehen von Folgeorganisationen beigetragen haben, die unter dem Namen „Nuevos Grupos Armados Ilegales“ (Neue bewaffnete, illegale Gruppen) (NGAI) bekannt sind. Auch wenn die Anzahl sich in 2006 von 32 auf drei reduziert hat, zählen sie noch immer ca. 3.000 Mitglieder, von denen viele in Regionen mit einer historisch starken Präsenz von Paramilitärs operieren." (p.6).

⁷ "Zwischen September 2015 und Mai 2016 wurden 15 regionale Führungspersonlichkeiten ermordet, viel von ihnen mit politischen Aspirationen". Fundación Paz y Reconciliación. "Comenzó la guerra por los territorios de las Farc", 25.05.2016, zitiert nach: <http://www.elespectador.com/noticias/politica/comenzo-guerra-los-territorios-de-farc-articulo-634211>

⁸ Duncan, Gustavo. (2009). "Una visión alternativa del conflicto colombiano", in *Razón Pública*. 09.03.2009, zitiert nach: <http://www.razonpublica.com/index.php/conflicto-drogas-y-paz-temas-30/368-una-visualternativa-del-conflicto-colombiano.html>

⁹ Daza, A. y Álamos, D. (2014). "Seguridad en la transición y seguridad transicional", in *El posconflicto en Colombia: Reflexiones y propuestas para recorrer*. Bogotá: KAS, ICP., pp.41-54.

¹⁰ Sánchez, R. (2014). "Nuevos paradigmas de seguridad pública en el posconflicto", in *El posconflicto en Colombia: Reflexiones y propuestas para recorrer*. Bogotá: KAS, ICP., pp.35-40.

¹¹ Ídem.

¹² Cancelado, H. (2016). "La política exterior y el nuevo rol de las FF.AA. en el contexto de la nueva estrategia y doctrina de defensa con miras al posconflicto", in *Política exterior colombiana. Escenarios y desafíos en el posconflicto*. P155-178.

¹³ Coronel (R) Velásquez, C.A. (2015). La fuerza pública que requiere el postconflicto. *Working Paper N° 13*. Bogotá: Fundación Ideas para la Paz, zitiert nach: <http://cdn.ideaspaz.org/media/website/document/5547dc7eef110.pdf>

¹⁴ Gutiérrez, E. y Osorio, M. (2016) "¿A qué se van a dedicar las Fuerzas Armadas en el posconflicto?", in *El Espectador*, 25.05.2016, zitiert nach: <http://colombia2020.elespectador.com/politica/que-se-van-dedicar-las-fuerzas-armadas-en-el-posconflicto>

¹⁵ León, J (2016). "Ich will keine "Papayera" (typisch kolumbianische Musikgruppe), sondern ein Sinfonieorchester": General Mejía", in *La Silla Vacía*. 20.05.2016, zitiert nach: <http://lasillavacia.com/historia/no-quiero-una-papayera-sino-una-orquesta-sinfonica-general-mej-55712>

¹⁶ Ídem.

¹⁷ Llorente, M.V, Bulla, C., Gómez, C. (2016). *De la seguridad para la guerra a la seguridad para la paz. Para un debate de las opciones institucionales*. Bogotá: Fundación Ideas para la Paz y Fescol.

¹⁸ Álvarez, E. (2016). *El Catatumbo y la ceguera selectiva del Estado*, zitiert nach: <http://www.ideaspaz.org/publications/posts/1336>

¹⁹ El Tiempo (2016). *España pide que Salud Hernández esté 'cuanto antes en su casa'*. 25.05.2016, zitiert nach: <http://www.eltiempo.com/politica/justicia/salud-hernandez-desaparecida-busqueda-en-catatumbo/16602324>

²⁰ Ávila, A. (2016). "El postconflicto en medio de las economías ilegales", in *Fundación Paz y Reconciliación*, 7.04. 2016, zitiert nach: <http://www.pares.com.co/columnistas/el-postconflicto-en-medio-de-las-economias-ilegales/>

²¹ Eine marxistisch-leninistisch orientierte illegale bewaffnete Gruppierung, die im Nordwesten von Paraguay operiert und anscheinend von der FARC trainiert wurde.

²² Cancelado, H. (2016). "La política exterior y el nuevo rol de las FF.AA. en el contexto de la nueva estrategia y doctrina de defensa con miras al posconflicto", in *Política exterior colombiana. Escenarios y desafíos en el posconflicto*. S. 155-178.

²³ Aussage von Humberto de la Calle während des Forums "Beneficios de la Paz" am 27. Mai 2016 in Bogotá, Quelle: Presidencia de la República de Colombia, zitiert nach: <http://es.presidencia.gov.co/noticia/160527-Libertad-ya-para-Salud-Diego-y-Carlos-Humberto-de-la-Calle>